Freistaat Thüringen
Vertretung des Freistaats Thüringen bei der Europäischen Union

Newsletter EU KOMP@KT 1-2020

Ausgabe vom 16. Januar 2020

INHALT

Aktuelles	1/2
Wirtschaft/Finanzen/Regionalpolitik	2
Beschäftigung	2
Soziales/Chancengleichheit	2
Gesundheit und Sport	3/4
Umwelt/Naturschutz	4
Verbraucherschutz	4
Landwirtschaft/ländlicher Raum	5
Verkehr	5
Bildung/Mehrsprachigkeit	6
Rechtsprechung	6
Konsultationen	6/7
Impressum	7

Ein Investitionsplan für den Green Deal

(AZe) Am 14. Januar 2020 hat die neue Europäische Kommission einen Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa zur Umsetzung des Europäischen Grünen Deals vorgeschlagen (COM(2020) 21 final), der den Handlungsrahmen für den Übergang zu einer klimaneutralen, grünen Wirtschaft bis 2050 abbilden soll. Demnach sollen innerhalb des nächsten Jahrzehnts mindestens 1 Billion Euro aus dem EU-Haushalt und den zugehörigen Instrumenten für nachhaltige Investitionen mobilisiert und günstige Rahmenbedingungen für öffentliche wie private Investoren (durch die Anwendung der EU-Taxonomie, des Grundsatzes „Energieeffizienz an erster Stelle“ und der Nachhaltigkeitsprüfung, aber auch über InvestEU-Garantien) geschaffen werden. Darüber hinaus sollen 25 % des gesamten EU-Haushalts förderprogrammübergreifend dem Klima- und Umweltschutz zugutekommen. Zur Förderung einer umweltgerechten Haushaltsplanung und Beschaffung ist vorgesehen, Behörden und öffentliche und private Projektträger bei der Auswahl und Durchführung nachhaltiger Projekte zu unterstützen und „grüne“ Mindestkriterien und -ziele im öffentlichen Beschaffungswesen verpflichtend einzuführen. Hierzu sind sowohl weitere Rechtsvorschriften als auch Leitlinien und Orientierungshilfen angekündigt.

Grafik: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=comnat:COM_2020_0021_FIN.DEU.xhtml.COM_2020_0021_FIN_DEU_01003.jpg

KOM: vom Klimawandel betroffene Regionen unterstützen

(MM) Am 14. Januar 2020 hat die EU-Kommission (KOM) den Mechanismus für den gerechten Wandel (Just Transition Mechanismus) vorgestellt. Damit erwartet sie 100 Mrd. Euro an nachhaltigen Investitionen im Zeitraum 2021-2027 zum Ausgleich sozioökonomischer Effekte in Regionen, die vom Transformationsprozess durch den Klimawandel am stärksten betroffen sind, etwa durch ihre Abhängigkeit von fossiler Energie oder entsprechenden Wertschöpfungsketten.

Fortsetzung auf Seite 2

www.thueringen.de

Vertretung des Freistaats Thüringen bei der EU
Rue Frédéric Pelletier 111
B-1030 Bruxelles
info-tlveu@tsk.thueringen.de
www.thueringen-in-bruessel.de
Tel.: 0032-2-737.52.60

Fortsetzung von Seite 1
Förderfähige Regionen sollen durch die Mitgliedstaaten – im Dialog mit der KOM – in sogenannten territorialen Plänen für den gerechten Wandel auf Basis der Kommissions-Analysen der Länderberichte im Europäischen Semester identifiziert werden. Diese sollen einen Ausblick auf den Transformationsprozesses bis 2030 geben und für die meistbetroffenen Regionen die größten sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Herausforderungen beinhalten. Im Detail heißt das eine klare Benennung etwaiger Weiterbildungs-, Diversifizierungs- und Umwelt-Erfordernisse.
Der Mechanismus besteht aus drei Säulen, dem Fonds für den gerechten Wandel (Just Transition Fund), dem Investitionsfenster für den gerechten Wandel unter dem Fonds InvestEU sowie einer Darlehens-Fazilität für den öffentlichen Sektor.
Nur im Just-Transition-Fonds wird aber tatsächlich zusätzliches Geld in die Hand genommen (insgesamt 7,5 Mrd. Euro), das jedoch bei Inanspruchnahme jeweils in gleicher Höhe aus EFRE, ESF+- sowie nationalen Mitteln ergänzt werden muss.

WIRTSCHAFT, FINANZEN, REGIONALPOLITIK

Europäisches Semester: Warnmechanismus-Bericht

(UK) Die Europäische Kommission hat am 17. Dezember 2019 den Warnmechanismus-Bericht 2020 veröffentlicht, mit dem sie das neue Europäische Semester einläutet und in dem sie makroökonomische Ungleichgewichte in den Mitgliedstaaten aufzeigt. 13 Staaten (Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Schweden, Spanien und Zypern) sollen einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden. Die festgestellten Ungleichgewichte sind unterschiedlicher Natur und reichen von der Zahl notleidendender Unternehmenskredite (Bulgarien), steigenden Lohnstückkosten (Estland, Rumänien und Slowakei), hoher öffentlicher und privater Verschuldung (Irland, Kroatien und Spanien) bis zum Wachstum der realen Wohnimmobilienpreise (Niederlande, Luxemburg, Portugal). Ihnen gemein ist, dass sie sich nachteilig auf das Funktionieren der Wirtschaft eines Mitgliedstaates oder der Union auswirken können. Deutschland weist nach Ansicht der Kommission nach wie vor einen zu hohen Außenhandelsüberschuss auf, obwohl sich das Exportwachstum weiter verlangsamt habe. Die Entwicklung der Wohnimmobilienpreise, gerade in Ballungsgebieten, gelte es zu beobachten.

BESCHÄFTIGUNG

Arbeitskosten und offene Stellen

(WB) Die Arbeitskosten pro Stunde sind laut Eurostat im dritten Quartal 2019 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal im Euroraum um 2,6 % und in der Gesamt-EU um 3,1 % gestiegen. Im zweiten Quartal 2019 hatten die Arbeitskosten pro Stunde um 2,8 % bzw. um 3,2 % zugenommen. In Deutschland sind die Arbeitskosten pro Stunde im dritten Quartal 2019 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 3,1 % gestiegen.
Die Quote der offenen Stellen betrug im dritten Quartal 2019 im Euroraum 2,2 % (Vorquartal: 2,3 %; Vorjahreszeitraum: 2,1 %). In der Gesamt-EU lag sie bei 2,3 % (Vorquartal: unverändert; Vorjahreszeitraum: 2,2 %; Deutschland 3,2 %).

SOZIALES UND CHANCENGLEICHHEIT

Ratstagung 9./10. Dezember

Auf Grundlage eines Orientierungsvermerks des Vorsitzes hat die Ministerrunde für Soziales eine Aussprache über die Zukunft der Sozialvorschriften angesichts des raschen Wandels auf dem Arbeitsmarkt geführt. Dabei sollte sondiert werden, inwieweit die EU-Gesetzgebung im Sozialbereich weiterentwickelt werden kann und wo Probleme bei ihrer Umsetzung auftreten. Auch sollte erörtert werden, wie noch bestehende Lücken in den Rechtsvorschriften beseitigt und die geltenden Gesetze besser durchgesetzt werden können. Themen der Aussprache waren soziale Rechte für Selbständige und Plattformarbeiter, die Stärkung des sozialen Dialogs sowie bessere Kontrollen der Einhaltung der Sozialvorschriften. Empfohlen wurden flexiblere Arbeitszeiten und mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit.
Der Rat billigte die Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige. Mit der Empfehlung soll allen Beschäftigten und Selbstständigen die Zugehörigkeit zu entsprechenden Sozialschutzsystemen ermöglicht werden; indem Maßnahmen getroffen werden, die es allen Beschäftigten und Selbstständigen ermöglichen, als Mitglieder eines Systems Sozialleistungen aufzubauen und zu beziehen, und indem die Übertragbarkeit von Sozialversicherungsansprüchen zwischen verschiedenen Systemen vereinfacht wird. Die Empfehlung bezieht sich auf die Zweige des Sozialschutzes mit Bezug auf Arbeitslosigkeit, Krankheit und Gesundheitsversorgung, Mutterschaft oder Vaterschaft, Behinderung, Alters- und Hinterbliebenenleistungen, Arbeitsunfälle und berufsbedingte Krankheiten.

GESUNDHEIT UND SPORT

Digitale Umgestaltung der Gesundheitsversorgung

(WB) Das EU-Parlament (EP) begrüßte am 18. Dezember 2019 die Mitteilung der EU-Kommission zur Ermöglichung der digitalen Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege im digitalen Binnenmarkt, zur aufgeklärten Mitwirkung der Bürger und zum Aufbau einer gesünderen Gesellschaft. Das EP weist darauf hin, dass die digitale Gesundheitsversorgung zwar ein erhebliches Potenzial birgt, aber auch viele ungelöste Probleme in Bezug auf die Privatsphäre, Sicherheit und Gefahrenabwehr mit sich bringt; betont, dass es von größter Bedeutung ist, Elemente des digitalen Gesundheitswesens unter umfassender Berücksichtigung des Datenschutzes, der Sicherheit, der Fehlerfreiheit und der Einbeziehung der Bedürfnisse der Patienten umzusetzen, wenn das Potenzial digitaler Instrumente für das Gesundheitswesen voll ausgeschöpft werden soll.

„HIV/AIDS in Europa 2019“

(WB) Das Europäische Zentrum für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten (ECDC) hat einen Bericht zum Thema „HIV/AIDS in Europa 2019“ vorgelegt. Demzufolge wurden 2018 in 50 Staaten der WHO-Region Europa 141.552 HIV-Neudiagnosen gemeldet, davon 26 164 in den EU-/EWR-Staaten.

Wie in den Vorjahren habe es mit durchschnittlich 44,8 Fällen pro 100 000 Einwohner den höchsten Anteil von neuen Diagnosen in der im östlichen Teil der WHO-Region Europa gegeben; der Gesamtdurchschnitt in der WHO-Region Europa liege bei 16,2 Diagnosen pro 100 000 Einwohner. Die Zahl der Neudiagnosen in der WHO-Region Europa insgesamt habe im letzten Jahrzehnt um 22 % zugenommen, während die Zahl der Neudiagnosen in den EU-/EWR-Staaten seit 2009 um 17 % abgenommen habe.

EuRH: öffentliche Gesundheit

(WB) Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 19. Dezember 2019 im Namen des Kontaktausschusses der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) der EU ein Überblickswerk über Prüfungsarbeiten in der gesamten EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Das Kompendium basiert auf jüngsten Prüfungsergebnissen des EuRH und der ORKB aus 23 EU-Mitgliedstaaten. Bei diesen Prüfungen wurden Wirtschaftlichkeitsaspekte behandelt und verschiedene Bereiche untersucht, wie etwa Prävention und Schutz, der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und deren Qualität, der Einsatz neuer Technologien und elektronischer Gesundheitsdienste sowie die finanzielle Tragfähigkeit öffentlicher Gesundheitsdienstleistungen.

50 Mio. Euro für BioNTech

(WB) Die Europäische Investmentbank (EIB) gewährt dem deutschen Unternehmen BioNTech (Mainz) eine Finanzierung in Höhe von 50 Mio. Euro. Das internationale Biotechnologieunternehmen, das sich auf die klinische Entwicklung von patientenindividuellen Immuntherapien zur Behandlung von Krebs und anderen schweren Erkrankungen fokussiert, wird die Mittel für Forschung und Entwicklung, Markteintritt und den Ausbau der Fertigungsmöglichkeiten seiner Produkte für individuelle Krebsmedizin verwenden. Die Beteiligung der EIB fällt unter die europäische Wachstumsfinanzierungsfazilität (EGFF) und wird durch eine Garantie der Investitionsoffensive für Europa, den sogenannten Juncker-Plan, gesichert.

Abfallentsorgung nicht-energetischer Nuklear-Nutzung

(WB) Der Rat hat am 19. Dezember 2019 Schlussfolgerungen zur Entsorgung der radioaktiven Abfälle, die durch die nichtenergetische Nutzung nuklearer Technologien anfallen, angenommen. Dabei geht es beispielsweise um abgebrannte Brennelemente aus Forschungsreaktoren, radioaktive Abfälle aus der Herstellung von Radioisotopen und radioaktive Abfälle aus Krankenhäusern. Es sei wichtig, die Menge radioaktiver Abfälle so gering wie möglich zu halten und eine verantwortungsvolle und sichere Handhabung, Lagerung und Entsorgung der Abfälle zu gewährleisten. Es wird darauf hingewiesen, dass es in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt, eine nationale Strategie für die Entsorgung radioaktiver Abfälle zu formulieren. In Frage kämen aber auch gemeinsam genutzte Dienste und Anlagen, wenn nationale Lösungen nicht verfügbar sind.

Ratstagung 9./10. Dezember

(WB) Auf Grundlage eines Vermerks des Ratsvorsitzes haben die EU-Gesundheitsminister/innen beraten, wie der Zugang zu Arzneimitteln in der EU durch eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordinierung verbessert werden kann. Zahlreiche Delegationen unterstützten die Idee, eine EU-Arbeitsagenda zur Arzneimittelpolitik zu entwickeln, um Arzneimittelknappheit in der gesamten Union zu vermeiden. Als mögliche Maßnahmen wurden genannt: Förderung der Verlagerung der Arzneimittelproduktion in die EU, Verbringung von Arzneimitteln von einem Mitgliedstaat in einen anderen, Austausch von Informationen über Bestände, Einsatz

von Frühwarnmechanismen, Intensivierung der Marktüberwachung und Stärkung der Zusammenarbeit auf EU-Ebene.
Der Vorsitz hat am außerdem die Ministerrunde für Gesundheit über die aktuellen Beratungen über die Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU unterrichtet. Danach sind zahlreiche Punkte noch umstritten. Eine Einigung ist nicht in Sicht.

UMWELT UND NATURSCHUTZ

Evaluierung zur SUP-Richtlinie: Ergebnisse

(AZe) Nach den abgeschlossenen Fitness-Checks zur Luftqualitätsrichtlinie (SWD(2019) 427 final) und zu den EU-Wasserrichtlinien (SWD(2019) 439 final) hat die Europäische Kommission zum Ende des Jahres 2019 nun auch die Ergebnisse ihrer Evaluation (SWD(2019) 413 final) der Richtlinie 2001/42/EG über die strategische Umweltprüfung (SUP) veröffentlicht. Die Kommission kommt in ihrem Evaluierungsbericht (Zusammenfassung) zu dem Ergebnis, dass die SUP-Richtlinie in ihrer Anwendung wirksam, effizient und relevant gewesen ist und den endgültigen Inhalt von Plänen und Programmen (z.B. in der Raumordnung, Strategie, Politik) beeinflusst habe. Zudem sei sie gut vereinbar mit anderen EU-Rechtsakten wie der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Richtlinie 85/337/EG) sowie der Verkehrs-, Kohäsions- und Klimapolitik. Ihr Mehrwert, der in einem transparenteren und partizipativeren Planungsprozess bestehe, und ihre Zweckdienlichkeit seien damit bestätigt worden.
In der Konsultation hatten insbesondere nationale Behörden den Mehrwert der SUP-Richtlinie angezweifelt und sich eine stärkere Praxisnähe des Instrumentariums (statt einer strategisch-normativen Ausrichtung) gewünscht. Weiterhin seien die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht und ihre praktische Implementierung in verschiedenen Sektoren ebenfalls ausschlaggebend für die Effektivität. Die EU-Kommission sieht daher trotz ihres grundsätzlich positiven Urteils den Bedarf einer Klarstellung des Anwendungsbereichs der Richtlinie, bspw. in Form von Leitlinien oder einer Änderung der Richtlinie. Diese Bewertung hat durch die Dienststellen der Kommission zu erfolgen.

Umweltrat zu Green Deal und Biodiversität

(AZe) Am 19. Dezember 2019 diskutierte der Umweltrat über den von der neuen EU-Kommission vorgelegten Europäischen Grünen Deal und den Schutz der Biodiversität. Dabei wird der Green Deal, der von allen Mitgliedstaaten (MS) prinzipiell unterstützt wird, eher als Wegskizze statt als eine abschließende Blaupause zur Dekarbonisierung der EU verstanden. Die ersten Vorhaben für 2020 werden im Februar (EU-„Klimagesetz“ für 2050 und Biodiversitätsstrategie für 2030) und März (neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und Industriestrategie) angekündigt. Im Bereich der Biodiversität bestätigte der Rat, dass die EU und ihre MS eine Führungsrolle im Kampf gegen den Verlust der Artenvielfalt und für die Wederherstellung der Ökosysteme übernehmen werden. Dies soll durch eine vollständige Einbeziehung der biologischen Vielfalt in die Ausgestaltung und Umsetzung aller relevanten Politikbereiche („Mainstreaming“) – insbes. Kreislaufwirtschaft, Agrar- und Fischereipolitik – sowie einen ambitionierten Standpunkt der EU auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz (COP15) zur Biodiversitätskonvention (CBD), die im Oktober 2020 im chinesischen Kunming stattfinden wird, erfolgen. Weitere Themen betrafen die Ergebnisse der Eignungsprüfung (Fitness Check) der europäischen Luftqualitäts- und Wassergesetzgebung.

Insektengift Thiacloprid verboten

(AZe) Die Europäische Kommission hat am 13. Januar 2020 beschlossen, die Zulassung für das hochwirksame Insektizid Thiacloprid (Gruppe der Neonicotinoide) für den EU-Binnenmarkt zu beenden. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hatte zuvor festgestellt, dass die Substanz gesundheits- und umweltpolitisch bedenklich ist. Demnach habe das Pestizid negative Auswirkungen auf Grundwasser und die menschliche Gesundheit (die Reproduktionstoxizität betreffend). Es ist bereits das vierte von fünf Neonicotinoiden, dessen Verwendung seit 2013 beschränkt oder verboten worden ist.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Mobilfunkpreise sinken

(MM) Eine Studie der EU-Kommission aus dem Jahr 2019 zeigt, dass mobiles Internet tendenziell billiger wird. Dazu wurden im Februar des vergangenen Jahres die Preise der Mobilfunk-Provider der 28 EU-Mitgliedstaaten, aber auch in Island, Norwegen, der Türkei, Japan, Südkorea und den USA verglichen.
Für High-Speed-Internet zahlen demnach Mobilfunkkunden in Estland, Rumänien, Polen, Italien, Schweden, Luxemburg, Slowenien, Österreich und den Vereinigten Königreich die niedrigsten Preise. Am meisten zahlen Mobilfunkkunden in Zypern, der Tschechischen Republik, Griechenland and der Slowakei. Deutschland liegt eher im unteren Mittelfeld.

LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHER RAUM

Agrarrat beschließt Fangmöglichkeiten 2020

(AZe) Die Minister/innen kamen am 16./17. Dezember 2019 im Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ zusammen, um über die Fangbeschränkungen im Atlantik, Mittelmeer und in der Nordsee für das Jahr 2020 zu entscheiden und um sich auf eine Position zu den neuen Befischungsbestimmungen in der Ostsee für Dorsch und Hering, die alarmierende Bestände aufweisen, zu einigen. Im Reformpaket zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat die finnische Ratspräsidentschaft einen Fortschrittsbericht vorgelegt, der Vereinfachungen in der Konditionalität sowie einen säulenübergreifenden Finanzierungsanteil für Klima- und Umweltschutzambitionen vorsieht und kontrovers öffentlich erörtert worden ist. Vor dem Hintergrund des Europäischen Grünen Deals forderten zahlreiche Mitgliedstaaten eine Anpassung des GAP-Budgets an die neuen Herausforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes. Schlussfolgerungen wurden überdies bezüglich der EU-Bioökonomiestrategie, der EU-Strategie zur Wiederherstellung der Wälder, zur Bekämpfung des Lebensmittelbetrugs sowie zum Tierwohl angenommen.

EP genehmigt Teil der GAP-Übergangsvorschriften

(AZe) Am 18. Dezember 2019 nahm das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt zur sog. Flexibilitätsverordnung (COM(2019) 580 final) an. Mit dieser technischen Verordnung werden die Finanzdisziplin für das Haushaltsjahr 2021 bestimmt und die gegenwärtigen Vorschriften über die Flexibilität zwischen den Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis Ende 2021 verlängert, wodurch Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums (2. Säule) auf die Direktzahlungen (1. Säule) verschoben werden können. Die politisch sensiblere Verordnung – die sog. Übergangsverordnung (COM(2019) 581 final) – muss noch vom EP gebilligt werden. Sie wird sicherstellen, dass die gegenwärtigen Vorschriften für die GAP-Beihilfen (Direktzahlungen, ELER- und Sektorprogramme) auch ohne Genehmigung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und der GAP-Reform im Jahr 2021 fortgeführt werden können („alte Regelungen mit neuem Geld“).

Einheitliche Datenbank für geografische Angaben

(AZe) Die Zusammenführung der drei Datenbanken für Weine (e-Bacchus), Spirituosen (e-Spirit-Drinks) und Lebensmittel (DOOR), die insgesamt über 3 330 geografische Angaben (g.U., g.g.A.) und garantiert traditionelle Spezialitäten (g.t.S.) listen, in die zentrale Online-Datenbank eAmbrosia ist nun abgeschlossen. Die Zentralisierung der Daten erfolgte seit April 2019 und soll die Suche nach registrierten Begriffen und anhängigen Anmeldungen vereinfachen und transparenter machen. Geografische Angaben schützen den Namen bestimmter Erzeugnisse, um ihre einzigartigen Eigenschaften zu fördern, die diese ihrem geografischen Ursprung und dem traditionellen Know-How der lokalen Erzeuger verdanken. Sie stellen einerseits ein Gütezeichen für hochwertige landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel und andererseits einen Teil des geistigen Eigentums dar, der eine zunehmend wichtige Rolle in Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten spielt. Thüringen hat mittlerweile sechs eingetragene geografische Angaben gelistet, darunter mehrheitlich Wurstspezialitäten und den Altenburger Ziegenkäse.

VERKEHR

Mehr Konnektivität unter Kroatiens Ratspräsidentschaft

(AZe) Pünktlich zum 1. Januar 2020 legte die kroatische Ratspräsidentschaft (RP) ihr Programm für das erste Halbjahr 2020 vor. Die politische Priorität im Mobilitätsbereich liegt vor allem in der Verbesserung und Finalisierung des Trans-Europäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) sowie in der Entwicklung eines nachhaltigen Schifffahrtssektors. Hierfür will die neue RP zum einen die Arbeit an den laufenden Legislativvorschlägen zur „Streamlining“-Verordnung (COM(2018) 277 final) und zur Verordnung über die Connecting Europe Facility (CEF) 2021-27 (COM(2018) 438 final) fortsetzen. Zum anderen beabsichtigt sie, eine Erweiterung und Finalisierung des TEN-V anzuregen. Für den maritimen Bereich sind eine Diskussion über eine neue EU-Strategie für einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Schifffahrtssektor sowie die Umsetzung der Strategie der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) geplant, nach der die Treibhausgasemissionen der Seeschifffahrt bis 2050 um 50 % gemindert werden sollen. Im Land- und Luftverkehr werden die legislativen Initiativen (Fahrgastrechte im Schienenverkehr) und Debatten (Nachhaltigkeit in der Luftfahrt) weitergeführt.

BILDUNG UND MEHRSPRACHIGKEIT

Jahresrechnung Europäische Schulen: keine größeren Mängel

(WB) Auf der Grundlage seiner begrenzten prüferischen Durchsicht ermittelte der Europäische Rechnungshof (EuRH) im endgültigen konsolidierten Jahresabschluss 2018 der Europäischen Schulen keine wesentlichen Fehler mit Ausnahme der Unsicherheit im Zusammenhang mit der Verbindlichkeit der Europäischen Schule München zur Deckung der Gehälter der abgeordneten Lehrer. Da einige Mitgliedstaaten ihren Anteil an dieser Verbindlichkeit in Höhe von 6,4 Mio. Euro nicht bestätigten, schränkte der unabhängige externe Prüfer sein Prüfungsurteil ein, um diese Unsicherheit widerzuspiegeln.

Pisa-Studie 2018: KOM-eigene Auswertung

(WB) Die Europäische Kommission (KOM) hat am 9. Dezember 2019 den Bericht „Pisa 2018 und die EU“ veröffentlicht. Die PISA-Ergebnisse 2018 zeigten insgesamt ein beunruhigendes Bild der schulischen Leistungen der 15-Jährigen in der EU. Nach der Pisa-Erhebung der OECD haben Schüler in Deutschland beim Leseverständnis und der Mathematik leicht besser abgeschnitten als der OECD-Durchschnitt, bei den Naturwissenschaften sogar deutlich besser. Insbesondere in der Mathematik und den Naturwissenschaften verschlechterten sich jedoch die Ergebnisse gegenüber früheren PISA-Erhebungen. Insgesamt bleibe der Abstand zu den Spitzenreitern in Asien und Europa groß. Gleichzeitig hänge der Schulerfolg in Deutschland weiterhin stärker von der sozialen Herkunft der Schüler ab als im Durchschnitt der OECD-Länder.

DiscoverEU

(WB) Auch die vierte und vorerst letzte DiscoverEU-Runde bietet 18-Jährigen rund 20 000 Travel-Pässe. Insgesamt gingen 75 000 Bewerbungen aus ganz Europa ein. Die künftigen Globetrotter, die aufgrund bestimmter Vergabekriterien und spezifischer Länderquoten ausgewählt wurden, können zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober 2020 maximal 30 Tage auf Reisen gehen. DiscoverEU wurde von der EU-Kommission im Juni 2018 auf Vorschlag des Europäischen Parlaments aus der Taufe gehoben. In den ersten drei Bewerbungsrunden erhielten rund 50 000 junge Menschen die Möglichkeit, quer durch Europa zu reisen. Für 2020 hat das Europäische Parlament 25 Mio. Euro für DiscoverEU bereitgestellt. Die nächste Bewerbungsrunde und weitere Aktualisierungen werden zu gegebener Zeit auf dem Europäischen Jugendportal angekündigt.

RECHTSPRECHUNG

Betriebsrentner vor Kürzungen geschützt

(WB) Der Europäische Gerichtshof entschied am 19. Dezember 2019, dass die Richtlinie 2008/94 über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers auch den Fall erfasst, dass einem Rentner dessen Leistungen aus einer betrieblichen Zusatzversorgung mit behördlicher Zustimmung gekürzt worden sind und dem die Kürzungen vom früheren Arbeitgeber erstattet worden sind, bei Insolvenz dieses Arbeitgebers von einem Träger der Arbeitgeberinsolvenzsicherung im Bereich der betrieblichen Altersversorgung übernommen werden müssen, sofern die Kürzungen dazu führen, dass Betriebsrentner unter die vom Statistischen Amt der Europäischen Union ermittelte Armutsgefährdungsschwelle sinken. Diese Voraussetzungen hat nunmehr das Bundesarbeitsgericht in Erfurt zu prüfen.

KONSULTATIONEN

Green Deal

(AZe) Gegenwärtig finden verschiedene Konsultationen zu den Fahrplänen und Vorschlägen wichtiger Initiativen aus dem Europäischen Grünen Deal statt:

- Fahrplan für die Biodiversitätsstrategie der EU bis 2030 (bis 20. Januar 2020)
- Fahrplan zum neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (bis 20. Januar 2020)
- Fahrplan für das Europäische Klimagesetz zur Verankerung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 (bis 6. Februar 2020)
- Angenommener Verordnungsvorschlag für einen Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund) COM(2020) 20 final (bis 12. März 2020)

Pflanzenschutz

(AZe) Zur Zeit finden zwei Konsultationen im Bereich des Pflanzenschutzes statt: Zum einen wird eine Durchführungsverordnung zur Aktualisierung der Vorschriften für eingeführte Pflanzen vorbereitet (Feedbackzeitraum: 13. Januar bis 10. Februar

2020), zum anderen hat die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag zu Beistoffen (co-formulants) in Pestiziden vorgelegt (Feedbackzeitraum: 16. Januar bis 13. Februar 2020), bezüglich derer Rückmeldungen gegeben werden können.

Altersvorsorgeprodukt (PEPP)

(WB) Noch bis 2. März 2020 läuft eine öffentliche Konsultation der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) zu ihrem Ansatz zu den Regulierungs- und Umsetzungsstandards sowie zur technische Beratung der EU-Kommission zu delegierten Rechtsakten gemäß der Verordnung über das paneuropäische persönliche Altersvorsorgeprodukt (PEPP).
EIOPA hat zudem die Ergebnisse ihres europaweiten Stresstests für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung veröffentlicht. Danach gingen in einer Krise mit plötzlich steigenden Zinsen bei den untersuchten Unternehmen 270 Mrd. Euro und damit ein Viertel der Vermögenswerte verloren. EIOPA hat eine Marktabdeckung von 60 % der nationalen Träger der betrieblichen Altersversorgung angestrebt. Ende 2018 hätten schon 41 Mrd. Euro gefehlt, um den Zusagen nachzukommen. Dabei zeigte sich, dass im Fall eines Stress-Ereignisses zusätzliche Zahlungen der Arbeitgeber tendenziell eher in den ersten Jahren danach besonders hoch wären, während Leistungskürzungen sich über einen längeren Zeitraum auswirkten.

Endokrine Disruptoren

(WB) Noch bis 9. März 2020 läuft eine öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission zur Überprüfung der EU-Vorschriften über endokrine Disruptoren. Die Umfrage richtet sich an die breite Öffentlichkeit, d. h. an Einzelpersonen in ihrem eigenen Namen, und ist aus der Sicht der Bürger konzipiert. Mit der Konsultation sollen Bedenken und Bedürfnisse der Öffentlichkeit in Bezug auf endokrine Disruptoren in der EU untersucht werden. Zu bewerten sei, inwieweit das geltende EU-Recht den Bedenken und Bedürfnissen der Bürger gerecht wird. Ferner sollen Möglichkeiten zur Verbesserung der Art und Weise, wie endokrine Disruptoren geprüft und gehandhabt und wie potenzielle Risiken vermittelt werden, untersucht werden.

IMPRESSUM

EU KOMP@KT ist ein vierzehntägliches Informationsschreiben der Vertretung des Freistaats Thüringen bei der EU. Die Informationen erfolgen ohne Gewähr für Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Für Schäden materieller oder ideeller Art, die sich aus der Verwendung der Informationen ergeben, wird keine Haftung übernommen.

Verantwortlich:
Christine Holeschovsky (CH)
Leiterin der Vertretung, Grundsatzfragen
christine.holeschovsky@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 42

Mitarbeiter:
Wolfgang Borde (WB)
Stellvertretender Leiter der Vertretung
Zuständig für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Bildung, AdR
wolfgang.borde@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 55

Ulrich Kamper (UK)
Zuständig für Steuern, Finanzen
ulrich.kamper@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 44

Martin Margraf (MM)
Zuständig für Wirtschaft, Beihilfen, Regionalpolitik
martin.margraf@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 41

Annelie Zapfe (AZ)
Zuständig für Forschung, Technologie, Innovationspolitik, Kultur
annelie.zapfe@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 64

Dr. Anja Zenker (AZe)
Zuständig für Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Verkehr
anja.zenker@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 46

Yvonne Marx (YM)
Zuständig für Redaktion
yvonne.marx@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 60